

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht der Saale-Zeitung. 101. Sitzung vom 11. Juni.

Am Tische des Bundesrats: v. Boetticher, Burchard, Dr. Siebach. Präsident v. Seckow eröffnet die Sitzung um 1 1/2 Uhr mit der Mitteilung, daß der Abgeordnete v. Bennigsen sein Mandat niedergelegt hat.

Nachdem der Bericht der Reichsschuldenkommission durch Kenntnisnahme erledigt ist, wird in der zweiten Beratung des Etats fortgefahren.

Die Beratung wird bei Titel 48 (für Beförderung der Posten 13,770,000 M.) des Postetats fortgesetzt. Die Kommission beantragt die von der Regierung geforderte Mehrerhebung von 120,000 M. abzulehnen.

Das Haus beschließt demgemäß. Die Anfrage der Budgetkommission, eine Anzahl von ersten Daten für Neubauten von Hochschulen zu liefern, werden angenommen bis auf 57,500 M. für Königsberg, welche bewilligt werden, nachdem Staatssekretär Burchard für die Bewilligung eingetreten.

Der Etat des Reichsdruckers wird einstimmig genehmigt. Beim Etat der Reichsbankbankts kommt Abg. Burchard die Währungsfrage zur Sprache. Wir haben heute 300 Millionen Silber anhalten, welche durch jeden weiteren Beitritt eines Staates zur Goldwährung eine weitere Entwertung erfahren.

Geh. Rath Schraut: Die Befürchtungen, welche man eine Zeit lang wegen der sogenannten Goldnot in Europa hatte, haben sich in keiner Weise bewährt; sie entfielen, als einige Jahre hindurch große Goldminen von Europa nach Nordamerika strömten.

Abg. Dr. v. Bamberg: Die beiden letzten Reden haben im Allgemeinen mir meine früher schon ausgesprochenen Anschauungen bestätigt. Die heutigen Ausführungen des Abg. v. Schraut haben mich in dieser Hinsicht zu dem Entschluß gebracht, der Beschlusse der Kommission beizutreten.

Die Beschlüsse sind gefaßt worden und der Antrag angenommen, ebenso der Etat der Reichsbank, der Reichsrentenbanken des Reichswesens, des Reichsamt der Eisenbahnen, der Reichsrentenbanken aus früheren Jahren, der Zinsen aus belegten Reichsgeldern, des Reichsamt des Innern, der außerordentlichen Zuschüsse, der Militärarbeitgeber und das Staatsgesetz, sowie das dazu gehörige Anhangsblatt.

Abg. Richter (Sagen): Nach der Geschäftsordnung ist es nun dann zulässig, bereits meine dritte Lesung des Etats zu beginnen, wenn nicht mindestens fünfzig Mitglieder des Hauses Widerspruch dagegen erheben. Ich würde Widerspruch erheben, wenn ich Aussicht hätte, dadurch die dritte Beratung um mehr als einen Tag hinausziehen, würde mich auch des Mittels der Ausschlusung bedienen, da ich aber weiß, daß in Berlin mehr als die beabsichtigte Zahl von Abgeordneten sich befindet, so werde ich von dem Rechte des Widerspruches keinen Gebrauch machen.

Preussischer Landtag.

Originalbericht der Saale-Zeitung. Abgeordnetenhaus. 70. Sitzung vom 11. Juni.

Am Ministertisch: v. Puttkamer, v. Goltz. Präsident v. Seckow eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr. Die Tribünen sind überfüllt. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Gesetzes, betreffend Änderungen der kirchenpolitischen Gesetze.

Gegen das Gesetz sind vom Wort gemeldet die Abgeordneten Reichensperger (Olp), Windhorst, Noeren, v. Schorlemer-Alth. In demselben Sinne, Burchard und Richter; für dasselbe nur die Abgeordneten von Bellis, Graf Limburg-Saurum.

Abg. Reichensperger (Olp): Die Vorlage ist im Lande mit gemäßigten Gesinnungen aufgenommen worden. Es liegt auf der Hand, daß das Gesetz Widerstände enthält und eine Vorlesung notwendig ist. Aber das Volk trägt sich, ob es alles sein soll, was die Regierung ihm gebietet, ob sie nicht vielmehr verpflichtet ist, volle Religions- und Staatsfreiheit für 10 Millionen katholischer Bürger zu gewähren. (Sehr wohl! im Centrum.) Man fragt sich ferner, ob die Regierung nicht die ganze Mängelregelung beibehalten oder eine organische Revision herbeiführen will, ob sie

nicht drei Verfassungskategorien wieder aufnehmen wird, die nach dem Begriffe des Landesherren geordnete Zustände in Preußen begründet haben. (Sehr gut! im Centrum.) Die Motive enthalten nicht einmal eine Verneinung auf eine organische Revision, es soll nach ihnen die Angelegenheit nur in engerer streife eingekleidet werden. Was aber in den Reden über die Angelegenheit gesagt ist, legt uns geradezu in Erstaunen. Ich habe mich gefragt, wie die Regierung bei derartigen Anschauungen sehr lange Jahre für sich bestehen lassen können, wie sie die Angelegenheit nicht im vorigen Jahre als eine conditio sine qua non des Friedens hat bezeichnen können.

Ich sage dieses alles, um die Regierung endlich zu hochherzigen Entschlüssen zu veranlassen; ich sage es nicht in dem Gedanken, als ob die Mängelregelung noch lange aufrecht erhalten werden könne, nein, das ist ja ganz unmöglich! (Sehr gute Zustimmung im Centrum.) Ein solcher Zustand ist ja in der Dauer nicht haltbar. Er muß verstanden mit Rücksicht auf die soziale und politische Lage des Landes, die darunter leidet. Ich habe die Meinung gefaßt, daß die Vorlage gemacht ist im Interesse des Landes und der katholischen Bevölkerung. Aber ich habe in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung gelesen, daß die Regierung sich nur deshalb zu dem neuen Gesetz entschlossen hat, um nicht in's Schlepptrium der Fortschrittspartei genommen zu werden. (Sehr links.) Ich bin erstaunt gewesen, daß diese Meinung nicht beobachtet worden ist, sondern daß die Vorlage die Beziehung der Fortschrittspartei ermöglicht, so wird es sich bei der ersten Verhandlung nicht erfüllt werden kann, taufende von Stellen werden aus Mangel an Geldmitteln auch ferner unbelegt bleiben müssen. Die jungen Priester sind in's Ausland gegangen, wo man sie nicht für Verbrecher hält, wie in Preußen. Der Minister hat ja das Recht die jungen Priester zu bestrafen, von dem Bestimmung der nationalen Vorbildung. Aber was ist das für ein Verfahren, die Geistlichen von der Gnade des Ministers abhängig sein lassen. Ein solcher Zustand muß befeitigt werden. Ueber die Vorlage will ich mich hier weiter nicht auslassen, sie wird ja zweifelhaft in die Kommission gegeben werden, wo meine Freunde ihr Bedenken geltend machen werden. Es werden sich die Herren freiwillig werden oder nicht, wird unter Stellung zu der Vorlage eine richtige oder positive sein. Ich erwarte, daß der Minister diese Bedenken meiner Freunde prüft, daß er nicht allein Rücksicht auf die Staatsautorität nehmen wird, die seit zehn Jahren auf diesem Gebiete schriftlich geltend ist. Ich bin in der Kommission eine einseitige Führung der Frage gefunden worden, nicht, ich habe die Herren reichlichen und begünstigen Geistes ist das Empirische des Staats nicht gewahrt, doch so, daß der Religionsfriede nicht gestört werden kann; wer nicht befragt wird, erhält kein Gehalt, ist aber frei in der Ausübung seines Amtes. Das wird auch hier zu berücksichtigen sein und wenn eine ähnliche Bestimmung bei uns eingebracht werden sollte, so auch die Bedenken der Liberalen gegen die Macht der Kirche erheben. Daher werden wir in der Kommission mit Rücksicht verfahren, damit uns nicht in einem Artikel ein Prinzip verbiudet wird, das wir nicht anerkennen. (Sehr gut! im Centrum.) Den Herren von der liberalen Partei möchte ich doch noch einmal zu bedenken geben, daß politische und religiöse Freiheit Hand in Hand gehen und die Vernichtung der letzteren ein Verstoß gegen die erste bedeutet. Ich lege die Überzeugung, daß von allen Seiten Unterstützung erhalten werden, außer etwa von der freireligiösen Partei, die bemüht ist, die einzige annehmbare Bestimmung mit unannehmbaren Bestimmungen zu verwechseln. Aber von den Herren von der linken Seite, daß sie nicht mit einem Programm, wie es die Norddeutsche Allgemeine Zeitung nicht, die Herren von der liberalen Partei treten wollen, denn es ist ein wahres Wort: Das Volk hat den Naturkampf satt. Und dann muß doch wohl für die Katholiken befragt werden, wie in einem Gebiete. (Sehr richtig! im Centrum.) Herr Richter hat uns im Reichstage vorgewarnt, daß die Angelegenheit nicht eingeleitet werden. Welche dieser Vorurteile begründet, dann möchte ich doch Herr Richter erwidern, die Umstände, die uns dazu treiben, zu bezeichnen. Doch die Ansicht ist unrichtig; denn sonst hätten wir Religionsfreiheit. Haben Sie vergessen, was Herr Bismarck J. J. an den Fürsten Reichs schrieb, daß wenn der Staat das Centrum zur Herrschaft des Protestantismus bringen könnte, der Friede unterbrochen werden würde, dann ist das Centrum nicht zu entschließen, weil wir dies für eine Veräußerung am Hofe halten müssen und weil wir hoffen, daß wir auch ohne Liebesheirat zu unserem Recht gelangen werden. Aber Sie (zur Linken) müßten das Damoclesschwert, das über der parlamentarischen Lage hängt, befeigen; denn es könnte dadurch doch wohl dazu kommen, daß Herr Richter, wenn die beiden Parteien sich nicht um den Preis des kirchlichen Friedens einen Preislauf zu lassen, sich nicht wertig ist, nachdem es die Freiheit der Katholiken im Reichstag haben. (Sehr gut! im Centrum.) Noch ist der Katholizismus ein Volkswort gegen alle verberblichen Richtungen des modernen Lebens, dann ist das Centrum nicht zu entschließen, weil die jetzigen Familienhüter leben, dann aber wird sich eine tiefe Verwitterung gegen den Staat breiten, die nicht zu unterschätzen ist in ihren Wirkungen auf das öffentliche Leben. Wenn Sie unsere Bedenken nicht beachten werden, dann gefährden Sie auch das Gute, das im Gesetz enthalten ist. Ich glaube nicht, daß die Herren Liberalen, sondern an Ihren Gerechtigkeits- und Ihr Staatsmännlichkeit. (Sehr richtig! im Centrum.)

Abg. Frhr. von Bellis-Rentisch: Schon im Jahre 1880 haben wir bei der Beratung des damaligen Kirchengesetzes erklärt, daß eine Abhilfe auf dem Gebiet der Seelorge im allgemeinen Staatsinteresse sei und Herr von Puttkamer führte damals aus, daß bei in den Wien geführten Verhandlungen von Seiten der Vertreter der preussischen Regierung den Vertretern des modernen Theismus klar gelegt worden ist, daß die Regierung in den kirchlichen Gebieten die Grenze zwischen Staat und Kirche richtig gezogen hat und daß die Regierung nicht gewillt ist, diese Grenze zu verrücken. Wir haben uns jetzt also vor allem zu fragen, ob die vorliegende Novelle die Autorität des Staates ausreicht erhält und die Seelgere in ausgiebiger Weise erweitert. Im Jahre 1880 und 1882 waren wir der Meinung, daß das die Angelegenheit von Seiten der Kirche zugunsten werden würde, wenn wir für eine ausreichende Seelgere Sorge getragen haben. Deutscherherber haben wir uns dazu gedrückt, der Papst legt die hierarchischen Interessen über die Interessen der Seelgere (Lachen im Centrum). Damit ist zugleich der Beweis geführt, daß der Weg, den wir gehen wollten, unannehmbar ist, daß das Centrum nicht eine Niederlage der Regierung an stellen uns ihr auch nicht entgegen und wir werden genau prüfen, ob sie den Voraussetzungen entspricht, die wir an sie stellen müssen. Es wird in der Vorlage zwar das Empirische beibehalten, aber prinzipiell ist daran festgehalten, daß keine die kirchenpolitischen Voraussetzungen für die Übernahme eines Vertrages mit dem preussischen Staat fernzusubstanzieren wird. Durch Art. 4 der Vorlage wird anerkannt, daß an den Bestimmungen über die Vorbildung festgehalten werden soll, und das ist für meine Freunde die Hauptsache. Die Aufrechterhaltung des Art. 4 ist für uns eine conditio sine qua non für das Zustandekommen des Gesetzes. (Lachen im Centrum.) Da dem katholischen Verstande nicht einleuchtet, was der Vorlage bezüchtigt, so wird es ermöglicht die Vorlage immerhin, doch ein getimmte geistliche Personal in der Seelgere Verwendung findet. Nimmt man hinzu, daß durch das Gesetz vom Jahre 1882 dem Kultusminister das Dispositionsbefehl in diesem Punkte eingeräumt ist, so glaube ich, daß alles gefaßt ist, um die cura animarum wiederherzustellen, die ich schon im Jahre 1880 gelesen habe. Die Novelle ist Staatsanwaltschaft, die die Seelgere, doch wohl manches erreichen ist auf Kosten vertrieben. Wenn wir noch lange in dem jetzigen Zustand, ohne daß die Angelegenheit erfüllt ist, so würde die ganze Seelgere in eine Mängelregelung verwandelt werden. Die Motive erwähnen hier, daß man

es für humanisch erachtet, den Zustand vor dem Jahre 1840 wieder herzustellen. Aber es ist doch zweifelhaft, ob heute noch dieselben Garantien, wie damals, genügen, und jedenfalls dürfte der Staat damals auf das Empirische Recht verzichten, weil es alle nicht befristeten Minister befreit würden unter dem Empirische Recht des heutigen Tages, sondern nur unter dem Empirische Recht von heute. (Sehr! Hart! im Centrum und Beifall bei den Freireligiösen.)

Abg. Dr. Windhorst: Ich bin zunächst auf die Ausführungen des Vortrags, des Herrn von Bellis der Alle gefaßt worden, daß auch die übrigen Parteigenossen auf ihrem Standpunkte verblieben, daran habe ich mich nicht gewundert. Dann führt Herr von Bellis den Inhalt der Vorlage an, die ich eben gelesen habe, und ich bin sehr überrascht, daß die übrigen Parteigenossen auf ihrem Standpunkte verblieben, daran habe ich mich nicht gewundert. Dann führt Herr von Bellis den Inhalt der Vorlage an, die ich eben gelesen habe, und ich bin sehr überrascht, daß die übrigen Parteigenossen auf ihrem Standpunkte verblieben, daran habe ich mich nicht gewundert.

Ich bin sehr überrascht, daß die übrigen Parteigenossen auf ihrem Standpunkte verblieben, daran habe ich mich nicht gewundert. Dann führt Herr von Bellis den Inhalt der Vorlage an, die ich eben gelesen habe, und ich bin sehr überrascht, daß die übrigen Parteigenossen auf ihrem Standpunkte verblieben, daran habe ich mich nicht gewundert.

Ich bin sehr überrascht, daß die übrigen Parteigenossen auf ihrem Standpunkte verblieben, daran habe ich mich nicht gewundert. Dann führt Herr von Bellis den Inhalt der Vorlage an, die ich eben gelesen habe, und ich bin sehr überrascht, daß die übrigen Parteigenossen auf ihrem Standpunkte verblieben, daran habe ich mich nicht gewundert.

Ich bin sehr überrascht, daß die übrigen Parteigenossen auf ihrem Standpunkte verblieben, daran habe ich mich nicht gewundert. Dann führt Herr von Bellis den Inhalt der Vorlage an, die ich eben gelesen habe, und ich bin sehr überrascht, daß die übrigen Parteigenossen auf ihrem Standpunkte verblieben, daran habe ich mich nicht gewundert.

Ich bin sehr überrascht, daß die übrigen Parteigenossen auf ihrem Standpunkte verblieben, daran habe ich mich nicht gewundert. Dann führt Herr von Bellis den Inhalt der Vorlage an, die ich eben gelesen habe, und ich bin sehr überrascht, daß die übrigen Parteigenossen auf ihrem Standpunkte verblieben, daran habe ich mich nicht gewundert.

Ich bin sehr überrascht, daß die übrigen Parteigenossen auf ihrem Standpunkte verblieben, daran habe ich mich nicht gewundert. Dann führt Herr von Bellis den Inhalt der Vorlage an, die ich eben gelesen habe, und ich bin sehr überrascht, daß die übrigen Parteigenossen auf ihrem Standpunkte verblieben, daran habe ich mich nicht gewundert.

Ich bin sehr überrascht, daß die übrigen Parteigenossen auf ihrem Standpunkte verblieben, daran habe ich mich nicht gewundert. Dann führt Herr von Bellis den Inhalt der Vorlage an, die ich eben gelesen habe, und ich bin sehr überrascht, daß die übrigen Parteigenossen auf ihrem Standpunkte verblieben, daran habe ich mich nicht gewundert.

Ich bin sehr überrascht, daß die übrigen Parteigenossen auf ihrem Standpunkte verblieben, daran habe ich mich nicht gewundert. Dann führt Herr von Bellis den Inhalt der Vorlage an, die ich eben gelesen habe, und ich bin sehr überrascht, daß die übrigen Parteigenossen auf ihrem Standpunkte verblieben, daran habe ich mich nicht gewundert.

Ich bin sehr überrascht, daß die übrigen Parteigenossen auf ihrem Standpunkte verblieben, daran habe ich mich nicht gewundert. Dann führt Herr von Bellis den Inhalt der Vorlage an, die ich eben gelesen habe, und ich bin sehr überrascht, daß die übrigen Parteigenossen auf ihrem Standpunkte verblieben, daran habe ich mich nicht gewundert.

